Klimaanpassungskonzept Stadt Bielefeld
Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 27.01.2022
hier: Fragen aus der Sitzung der BV Mitte v. 28.10.2021

Fragen/Anliegen der SPD-Fraktion

1. Es wäre wünschenswert, wenn Photovoltaik bei der Erstellung neuer B-Pläne angestrebt wird. Dabei wird die Sicherstellung entsprechender Förderungen durch Bund, Land oder Kommune vorausgesetzt.

Aus Sicht des Umweltamtes ist eine Verpflichtung zur Installation von PV-Anlagen bei neuen B-Plänen unerlässlich, um die Klimaschutzziele der Stadt Bielefeld zu erreichen. Mittlerweile gibt es einige B-Pläne (Bezirke Heepen und Senne), bei denen solche Festsetzungen beschlossen worden sind. Zurzeit werden unter Federführung des Umweltamtes I Energieleitlinien für die Berücksichtigung des Klimaschutzes in Bebauungsplanverfahren erarbeitet. In diesen Leitlinien soll festgelegt werden, dass künftig in Bebauungsplänen Festsetzungen zur Solarnutzung in der Regel - soweit sinnvoll und zumutbar - aufgenommen werden.

Eine Förderung von PV-Anlagen durch Bund oder Land gibt es zurzeit nur in Verbindung mit dem Einbau eines Speichers. Eine kommunale Förderung gibt es zurzeit nicht. Hinsichtlich einer kommunalen Förderung werden in dem Konzept zur Erreichung von Klimaneutralität bis 2035 nähere Empfehlungen erarbeitet. Die Ausschreibung für das Konzept wird seitens der Stadt Bielefeld aktuell vorbereitet.

2. Wir wollen sichergestellt wissen, dass in neuen B-Plänen entsprechende Grünanlagen mit Bäumen mitgeplant werden.

In allen laufenden und künftigen Bebauungsplänen wird regelmäßig geprüft, inwieweit Grünflächen mit Bäumen erforderlich sind damit dann entsprechende textliche und zeichnerische Festsetzungen gemäß BauGB § 9 (1) Nr. 15 und 25 vorgesehen werden. In Bezug auf das Klimaanpassungskonzept wird insbesondere in städtischen Lagen mit hoher Wärmebelastung darauf hingewirkt, dass der Baumbestand erhalten oder geschaffen wird.

3. Ist seitens der Kommune an einen flächendeckenden Ausbau von Elektroladestationen gedacht worden? Aktuell sind insbesondere Menschen aus Wohnquartieren mit Mehrparteienhäusern und ohne eigene Garage von dieser Infrastruktur abgeschnitten, ein Umstieg auf emissionsärmere Fahrzeuge lohnt sich daher häufig nicht.

Ein Ausbau der E-Ladeinfrastruktur ist stadtweit seitens der Stadtwerke Bielefeld (SWB) vorgesehen. Die konkreten Standorte liegen aktuell noch nicht abschließend fest, die Planungen hierfür werden zurzeit abgestimmt.

Die SWB haben an zahlreichen Stellen in Bielefeld öffentliche Ladepunkte errichtet, die an das lokale Verteilnetz angeschlossen sind. Aktuell betreiben die SWB im Stadtgebiet 122 Normalladepunkte und 5 Schnellladepunkte. Bis Ende 2022 sollen 40 weitere Normalladepunkte hinzukommen. Auch bei den Schnellladepunkten ist ein weiterer Ausbau vorgesehen, dies soll jedoch vor allem durch das Unternehmen „Deutschlandnetz“ erfolgen, die im Rahmen einer bundesweiten Ausschreibung im Bielefelder Stadtgebiet 24

Schnelladesäulen errichten werden. Darüber hinaus werden auch von einigen Unternehmen in Bielefeld, wie zum Beispiel Möbelhäuser oder Schnellrestaurants öffentliche Lademöglichkeiten zur Verfügung gestellt.

Als wesentliche Hürden im öffentlichen Ausbau der Ladeinfrastruktur sind aktuell vor allem die Verfügbarkeit von geeigneten Standorten sowie die fehlende Wirtschaftlichkeit solcher Ladepunkte zu nennen. Geeignete Standorte müssen eine Vielzahl von Bedingungen erfüllen, sowohl im Hinblick auf die Genehmigungsfähigkeit und Anforderungen aus der Förderrichtlinie als auch im Hinblick auf die Netzverträglichkeit. Zudem ist trotz der Nutzung von Fördermitteln ein wirtschaftlicher Betrieb vor allem aufgrund der oft noch geringen Auslastung nicht möglich.

Ergänzend zu der öffentlichen Ladeinfrastruktur sind bei den Bielefelder Netzen aktuell etwa 800 Ladepunkte mit einer Leistung von 11 kW oder mehr gemeldet. Die Möglichkeiten zum weiteren Ausbau sind dabei regional sehr unterschiedlich und hängen vor allem von der bisherigen Auslastung der einzelnen Ortsnetzstationen und dem vorgelagerten Mittelspannungsnetz ab.

Die aktuellen Ladestationen im Stadtgebiet von Bielefeld sind im onlineKARTENDienst der Stadt einsehbar. Darüber hinaus gibt es Übersichten des Bundes https://www.bundesnetzagentur.de/DE/Sachgebiete/ElektrizitaetundGas/Unternehmen_Institutionen/E-Mobilitaet/Ladesaeulenkarte/start.html und des Landes NRW <https://www.elektromobilitaet.nrw/unsere-service/ladesaeulen-karte/>.

4. Wie kann zukünftig eine Versiegelung durch durchlässigere Oberflächen vermieden oder minimiert werden?

Im Rahmen der Beteiligung zu künftigen Planungen, insbesondere Bebauungsplänen bestehen diesbezüglich verschiedene Möglichkeiten:

- die Geringhaltung des Versiegelungsgrades im gesamten jeweiligen Plangebiet durch die Begrenzung des Maßes der baulichen Nutzung i. V. m. der Grundflächenzahl (GRZ) gemäß BauGB § 9 (1) Nr. 1. Zudem ist der Ausschluss einer möglichen Überschreitung der zulässigen GRZ gemäß § 19 (4) Satz 2 BauNVO möglich.
- die Begrenzung des Anteils an oberirdischen Stellplätzen durch die planerische Integration von Tiefgaragen unter den geplanten Neubauten (v. a. Mehrfamilien- und Bürogebäuden, Geschosswohnungsbau) gemäß § 9 (1) 22 BauGB i. V. m. § 21a BauNVO (5)
- die Bevorzugung einer mehrgeschossigen Bauweise anstelle von Einfamilienhäusern und Doppel-/Reihenhäusern zugunsten eines höheren Anteils an Grünfläche; dies kann über § 9 BauGB (1) geregelt werden
- die wasserdurchlässige Oberflächengestaltung von oberirdischen Stellplätzen, Zufahrten und Hofbereichen (z.B. Pflasterung mit hohem Fugenanteil, Rasenwaben, Rasengitterplatten) gemäß § 9 (1) Nr. 20 BauGB.

In der Verstärkungsstrategie des Klimaanpassungskonzepts ist vorgesehen hierzu Standards zu erarbeiten. Die Organisation dieses Arbeitsprozesses ist Teil des Aufgabenspektrums der kürzlich eingestellten Klimaanpassungsmanagerin.

Fragen/Anliegen der CDU-Fraktion

Der Bericht beschreibt, dass es in Bielefeld-Mitte viele verdichtete Siedlungsbereiche mit hoher und prognostiziert steigender Wärmebelastung gibt. Gleichzeitig wird eine weitere Nachverdichtung geplant. Es wird von "klimatischem Sanierungsbedarf" und "klimaanpassenden Maßnahmen" geschrieben und in Tabelle 1 werden Beispiele genannt. Dazu ergeben sich ein paar Fragen:

1. Soll hier eine zusätzliche Verwaltungsstruktur "Klimaanpassung" aufgebaut werden oder wird das Thema in alle bestehenden Ebenen integriert?

Die Tabelle 1 in der Anlage zur Informationsvorlage 2549/2020-2025 v. 14.10.2021 für die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 28.10.2021 veranschaulicht die Handlungsansätze der Verstetigungsstrategie für die Umsetzung des Klimaanpassungskonzeptes der Stadt Bielefeld. Dabei handelt es sich nicht um eine Grundlage zum Aufbau einer neuen Verwaltungsstruktur. Das Ziel der Verstetigungsstrategie besteht vielmehr darin Standards zur stärkeren Berücksichtigung der Klimaanpassung in den Handlungsfeldern Städtebau, Grüngestaltung, Straßenbau, Gebäude und Siedlungswasserwirtschaft stadintern zu vereinbaren und diese in den jeweilig zuständigen Fachbereichen umzusetzen. Die Besetzung der neuen Stelle für ein Klimaanpassungsmanagement im Umweltamt dient dazu, diesen Prozess zu begleiten und zu koordinieren.

2. Wie verbindlich können/sollen die Maßnahmen sein?

Das Klimaanpassungskonzept stellt verschiedene Maßnahmen zur Klimaanpassung vor. Insgesamt handelt es sich um Planungshinweise, die insbesondere in Wärme belasteten Siedlungsbestandsgebieten mit klimatischem Sanierungsbedarf und für künftige Baulandflächen und Nachverdichtungsgebiete von besonderer Bedeutung sind.

Die Anforderungen aus Sicht der Klimaanpassung sind Abwägungsmaterial für die Bebauungsplanung. Angesichts der Vorgaben des § 9 Abs. 1 Abs. 4 hat die Klimaanpassung ein besonderes Gewicht. Im Rahmen zukünftiger Planungen im Stadtgebiet sind Klimaanpassungsmaßnahmen insbesondere für diejenigen Baulandflächen und Umsetzungen zu prüfen, wo eine Neubebauung nach dem Klimaanpassungskonzept nur unter Berücksichtigung von Maßnahmen zur Klimaanpassung vertretbar ist.

Diese Gebiete sind in der Planungshinweiskarte Stadtklima durch eine orangefarbene Symbolik gekennzeichnet. Die Art und der Umfang der jeweiligen klimaanpassenden Maßnahmen sowie deren Kombination untereinander ist je nach planerischem Einzelfall (z. B. Lage, Topographie, Priorität des klimatischen Sanierungsbedarfs, angrenzendes Umfeld) zu bestimmen und im rechtlich Bebauungsplan zu verankern.

Darüber hinaus sind die Aussagen des Klimaanpassungskonzepts bei allen städtischen Maßnahmen und Planungen zu berücksichtigen. Sobald für die verschiedenen Handlungsfelder Standards und modifizierte Verfahrensweisen entwickelt worden sind, wird darüber zu entscheiden sein, inwieweit sie verbindlich sind.

Innerhalb des Siedlungsbestandes ist die Umsetzung von Maßnahmen (z. B. Entsiegelung und Begrünung von Innenhöfen, Gebäudebegrünung) der Stadtbevölkerung freiwillig überlassen. Die Stadt Bielefeld schafft aktuell finanzielle Anreize in Form von Fördermitteln für die Begrünung von Dächern und Fassaden.

3. Sind geplante Großprojekte im Blick? (z.B. ehem. Rochdale Kaserne mit mind. 600 Wohnungen und nur 19% Grün- und Freiflächen)?

Das Umweltamt ist an den vorbereitenden Untersuchungen und der Auslobung zum Wettbewerb sowie dem weiteren Planungsprozess für die Rochdale Kaserne beteiligt. Aus klimatischer Sicht wird dabei insbesondere die Sicherung eines hohen Grün- und Freiflächenanteils innerhalb des Planbereiches verfolgt wie für belüftende Kaltluftschneisen während der Nachtzeit, die Begrünung mit Bäumen entlang von Wegen und Straßen sowie die Sicherung von Pocket Parks. In den Auslobungsunterlagen für den Wettbewerb sind entsprechende Anforderungen enthalten.

4. Ist eine kostenlose und unbürokratische Beratung der Bürger/Eigentümer geplant?

Im Rahmen des Förderprogramms „Bielefeld begrünt Häuser“ läuft bereits eine kostenfreie Beratung der Bürger*innen und die Abwicklung von Förderanträgen durch die Klimaanpassungsmanagerin.

Darüber hinaus ist gemäß Kommunikationsstrategie des Klimaanpassungskonzeptes (siehe Endbericht, Kapitel 4.5.2, S. 173) die Einrichtung von Anlaufstellen zur Beratung von Bürger*innen und Unternehmen, die aktive Klimaanpassungsmaßnahmen umsetzen wollen, angedacht. Die bereits bestehenden Beratungsangebote der Stadt Bielefeld (z. B. Bürgeramt, Bauamt, Umweltbetrieb, Umweltamt, WEGE mbH) sollen hierzu zwischen den zuständigen Fachämtern und sonstigen Institutionen (z. B. IHK, Verbraucherzentrale) abgestimmt werden

5. Wie werden die zusätzlichen Kosten der Stadt gedeckt?

Die Kosten werden rechtzeitig und stets bezogen auf bestimmte Projekte im Zuge der Haushaltsplanungen von den jeweilig zuständigen Ämtern und Betrieben eingebracht. Zudem werden seitens des Bundes und des Landes NRW weiterhin Fördermittel für bestimmte Klimaanpassungsmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden. Soweit wie möglich werden Fördermittel akquiriert.

Insgesamt wird die Umsetzung der Maßnahmen aus der Verstetigungsstrategie in zeitlichen Etappen erfolgen. Die Verstetigungsstrategie (siehe Endbericht zu Klimaanpassungskonzept, Kapitel 4.3, S. 160) differenziert diesbezüglich zwischen kurzfristigen, baldmöglichen und mittelfristig umzusetzenden Maßnahmen. Die Finanzierung der Maßnahmen mit städtischen Mitteln wird daher voraussichtlich verteilt über die nächsten Jahre erfolgen.

6. Werden die Mehrkosten bei Privaten ausgeglichen bzw. bezuschusst?

Private können aktuell für eine Gebäudebegrünung im Stadtgebiet Bielefeld bezuschusst werden, wobei je nach Intensität die Förderpauschale unterschiedlich hoch ist. Seitens Bund und Land gibt es aktuell keine Förderkulissen für Private. Die Förderung von privaten sozialen Einrichtungen hinsichtlich Maßnahmen zur Klimaanpassung ist seitens des Bundesumweltministeriums etwa ab Mitte 2022 vorgesehen.

Für in Bebauungspläne vorgeschriebene Begrünungen ist kein Ausgleich vorgesehen. Die Aufwendungen für Klimaanpassungsmaßnahmen bewegen sich in der Regel in einer zumutbaren Größenordnung.